

Der 1. Mai 2010 im Zitat

Eindrückliche Manifestationen - mehrere Zehntausend Menschen beteiligt

(ea) „Arbeit Lohn und Rente statt Profit und Gier!“ - Das SGB-Motto hat den Charakter der vielen Dutzend 1. Mai-Veranstaltungen landauf landab geprägt. Nicht von ungefähr: Während die Supermanager wieder Millionenboni einstreichen, soll den einfachen Leuten die soziale Sicherheit zusammengestrichen werden. Aber – und auch das zeigte dieser 1. Mai: Widerstand ist angesagt – und dürfte auch erfolgreich sein. Hier eine Reihe von Redeausschnitten:

Bertolt Brecht prägte in der Dreigroschenoper den berühmten Satz: „Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ [...]Heute gilt: „Was ist ein Bankräuber gegen den CEO einer Bank? - Was ist die Beute aus einem Raub gegen ein Bonusprogramm?“[...]

Kommt dazu: der geballte Angriff auf den Sozialstaat, den wir derzeit erleben und der alles in den Schatten stellt, was es in der Schweiz bisher gab. Nicht nur bei den Pensionskassen, sondern auch bei der Arbeitslosenversicherung. Ausgerechnet die Opfer der Finanzkrise, die Arbeitslosen, und alle, die es noch werden könnten, die Jungen und die Aelteren, sollen mit dem Abbau der Leistungen für die Arbeitslosigkeit büssen, welche durch die Missbräuche im Finanzsektor verursacht worden sind.

Paul Rechsteiner, SGB-Präsident in Uster und Bern

* * *

Der neuste Vorschlag, eine Boni-Steuer einzuführen, ist zwar ein erstes Zeichen, dass der Volkszorn gegen die Abzocker und die Bankenlobby hinter den schalldichten Türen des Bundeshauses langsam wahrgenommen wird. Doch was der Bundesrat schliesslich am Mittwoch präsentiert hat ist eine üble Nebelpetarde, mit der das Volk einmal mehr an der Nase herumgeführt werden soll.

Hätten wir dagegen eine echte Steuer auf den Abzocker-Boni und den Abzocker-Gewinnen - eine Steuer, die scharf zubeisst - würde das gut 2 Milliarden Franken bringen. Das ist viel Geld. Geld, das dringend gebraucht wird. Oder wie soll zum Beispiel eine Familie mit einem mittleren Einkommen von 70'000 Franken die immer weiter steigenden Krankenkassenprämien und Mieten bezahlen? Wenn wir bei den Banken-Abzockern das Geld holen, das uns gehört, könnten wir die Krankenkassenprämien um rund 10 Prozent oder über 1000 Franken senken. Dann hätten endlich diejenigen etwas von den Riesengewinnen, die Tag für Tag ihren Einsatz im Betrieb leisten und dennoch jeden Franken zwei Mal umdrehen müssen.

Daniel Lampart, SGB-Chefökonom in Aarau

* * *

Wenn wir uns aus der Herrschaft der Riesenkraken erst einmal befreit haben, fällt es auch leichter, die drängenden Probleme der Gesellschaft anzugehen, wie die Arbeitslosigkeit und die immer grössere Schere bei Einkommen und Vermögen, usw.

Was droht uns jedoch, wenn uns es uns nicht gelingt, eine Wende zu erreichen? Dann muss das einfache Volk die versalzene Suppe der Krisenfolgen auslöffeln. Was das bedeutet, sehen wir heute am Beispiel Griechenlands.

Andreas Rieger, Unia Co-Präsident, SGB-Vizepräsident in Basel

* * *

Es soll bei uns gespart werden. Bei den Arbeitnehmenden, bei den Rentnerinnen und Rentnern, bei den Arbeitslosen, bei den Invaliden, bei den Jugendlichen... indem man beispielsweise die Sozialversicherungen runterfährt.

Angekündigt ist:

Abbau bei der AHV,

Abbau bei der IV,

Abbau bei der Arbeitslosenversicherung, Referendum ist lanciert – bitte unterschreiben!!!

Abbau bei der Unfallversicherung.

Liebe Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen...das hat System.

Den Sozialstaat runterfahren...und das werden wir NICHT zulassen. Dagegen werden wir uns wehren und wir werden uns gegen Verschlechterungen bei den Sozialversicherungen mit Referenden wehren. Und das mit Erfolg.

Giorgio Tuti, SEV-Präsident, SGB-Vizepräsident in Solothurn

* * *

Gemeinsam müssen wir klar und deutlich Nein zum geplanten Abbau bei der Arbeitslosenversicherung sagen. Während Jahren haben die Arbeitnehmenden ihre Beiträge an die Arbeitslosenversicherung bezahlt. Aber jetzt, wo mehr und mehr Menschen ihren Job verlieren und wirklich auf die Versicherung angewiesen sind, will die bürgerliche Mehrheit im Parlament und im Bundesrat die Leistungen kürzen. Das nehmen wir nicht hin

Vania Alleva, GL Unia, in Bern, Zürich und Bülach

* * *

Wenn der Bau gehe, gehe alles, hört man oft für die Wirtschaft. Und in unserem Leben: wenn die Arbeit geht, geht dann auch alles? Wenn die Arbeit auch nicht das Glück ausmacht, so ist sie doch daran beteiligt. Das zeigen auf ihre spezielle Weise die Angestellten von France Télécom mit 25 Selbstmorden innert anderthalb Jahren.

Und die Schweiz? Sie kennt eine der höchsten Selbstmordraten in ganz Europa. Ein Teil davon rührt vom Arbeitsdruck her. [...] Deshalb müssen wir eine falsche Arbeitsorganisation denunzieren:

- die Isolierung, alles, was die die Solidarität zwischen KollegInnen zerstört, was das *Jeder für sich* und den Wettbewerb zwischen den Arbeitnehmenden fördert

- die immer höheren Anforderungen, die die Arbeitnehmenden aushöhlen.

Jean-Claude Rennwald, SGB-Vizepräsident, Unia-GL_Mitglied, Nationalrat in La Chaux-de-Fonds

● * * *

„Für das Versagen der globalen Finanzindustrie zahlen nicht die verantwortlichen Manager selber, sondern die Arbeitnehmenden: Mit Massenentlassungen, mit Arbeitslosigkeit und mit massiven Lohneinbussen.

Und viele Manager werden für Ihr Versagen mit millionenschweren Abgangsentschädigungen vergoldet, während die Arbeiter zusammen mit den Gewerkschaften um Arbeitsplätze und anständige Sozialpläne hart kämpfen müssen.

Das ist ein Skandal. So geht es nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Renzo Ambrosetti, Unia-Co-Präsident in Budapest

* * *

- Bei der Maschinenfabrik WIFAG hat die Gewerkschaft Unia für die älteren Mitarbeitenden eine frühzeitige Pensionierung erkämpft.
- Ende März haben wir zusammen mit der grossen Mehrheit der Stimmbewölkerung den Rentenklau bei der Beruflichen Vorsorge BVG bachab geschickt.

Die beiden Beispiele zeigen, dass wir Erfolge haben, wenn wir gemeinsam kämpfen. Der Abstimmungserfolg beim BVG zeigt, dass unsere Argumente dank den Füßen, Händen und Köpfen vieler Aktivistinnen und Aktivisten stärker sind als millionenschwere Kampagnen der Versicherungslobby und ihrer Zuhälter.

Nathalie Imboden, Unia-Regionalsekretärin in Thun